



STEPHAN BRANDNER, MdB

5. Jahrgang, Ausgabe 12, 02/2021

## SUPERWAHLJAHR 2021

Vor über drei Jahren zog ich als Thüringer Spitzenkandidat in den Bundestag ein und habe seitdem kontinuierlich dafür gearbeitet, Deutschland Stück für Stück besser zu machen. Bei der Bundestagswahl 2017 war uns allen noch nicht bewusst, dass Deutschland im Jahr 2020 vor die größten Herausforderungen seit vielen Jahrzehnten gestellt wird. Vor allem gegen die immensen Probleme der (meist illegalen) Migration seit 2015 und ihrer massiven Folgen vorzugehen, war anfangs mein Ansporn. Auch die Erosion des Rechtsstaates und die immer weiter verschwimmende, inzwischen zu einem einzigen Klumpen verworrene Gewaltenteilung haben meine Arbeit in den letzten Jahren bestimmt. Das Jahr 2020 hat uns allen nun gezeigt, wie fragil unsere Werte, wie zerbrechlich unsere Demokratie ist. Seit etwa einem Jahr regiert Angela Merkel mit 16 Ministerpräsidenten in einer Art Seuchenkabinett und nahezu ohne parlamentarische Kontrolle. Im Blindflug, geprägt von Angst und Schrecken, wurden seitdem beinahe alle Grundrechte eingeschränkt oder gar außer Kraft gesetzt. Für mich als Juristen und ehemaligen Vorsitzenden

des Rechtsausschusses bedeutet dies, dass die Arbeit der Opposition wichtiger ist denn je. Wir von der AfD sind es, die seit etwa einem Jahr Vorschläge unterbreiten, wie die Situation deutlich besser zu meistern wäre. Wir wollen, dass Grundrechte nicht mit Füßen getreten werden und gleichzeitig besonders gefährdete Gruppen, zum Beispiel die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen geschützt werden, aber trotzdem ihre Lebensqualität und Würde nicht verlieren, wie es jetzt der Fall ist. Die aktuelle Krise zeigt die politischen Fehler der letzten Jahre und Jahrzehnte deutlich auf: Statt in Forschung und Entwicklung zu investieren, wurde Geld in Genderlehrstühle gesteckt; statt medizinisches und Pflegepersonal zu stärken, wurden Krankenhäuser geschlossen, statt die Arbeitsbedingungen in Pflegeheimen zu verbessern, wurden rund 1,7 Millionen Asylanten in das Gesundheitssystem gepresst, von denen circa eine Million Hartz IV erhält. Zig Milliarden Euro Ausgaben für ungesteuerte Zuwanderung in unsere Sozialsysteme haben dazu geführt, dass nun finanzielle Mittel fehlen, die unsere Gastronomen, Hoteliers und Händler, die vor den Scherben ihrer Existenz

stehen, dringend gebrauchen könnten. Die Arbeit der Alternative für Deutschland ist also heute wichtiger denn je!

Ihr/ Euer  
Stephan Brandner



5 Fragen - 5 Antworten

Jede Woche Freitag,  
16:30 Uhr

**KLARTEXT** AUS  
dem **Bundestag**



Ausdrucken &  
weitergeben

**Stephan Brandner**

Folgen Sie mir!

565 Pressemitteilungen habe ich in dieser Legislaturperiode bereits veröffentlicht, aber wir alle wissen, wie schwierig es ist, die regierungsgepöppelten Medien davon zu überzeugen, sich mit unseren Ansichten und Vorschlägen auseinanderzusetzen. Deshalb lege ich großen Wert auf die Arbeit in den sozialen Medien und unterhalte Profile bei

**Facebook**

(facebook.com/stBrandner),

**Telegram**

(t.me/StephanBrandnerMdB),

**Instagram**

(instagram.com/stephanbrandner),

**Twitter**

(twitter.com/stbrandner)

**und YouTube**

(youtube.com/c/stephanbrandnermdb).

Auch auf meiner Netzseite (stephanbrandner.de) finden Sie viele wichtige Informationen. Meine wöchentliche Sendung, „5 Fragen – 5 Antworten“, bringt Sie seit mehr als einhundert Wochen jeden Freitag um 16:30 mit einer Prise Humor und wichtigen politischen Informationen ins Wochenende.

Schauen Sie doch mal rein.



**NICHT INS ALTPAPIER!  
NACH DEM LESEN WEITERGEBEN.**

## Entschieden gegen das verfassungswidrige Infektionsschutzgesetz vorgehen!

Am 28.11.2020 wurde das Infektionsschutzgesetz in verfassungswidriger Weise geändert. Begleitet von Protesten, die brutal, auch mit Wasserwerfern, vor dem Reichstagsgebäude niedergeschlagen wurden, entschied der Deutsche Bundestag mit Mehrheit von CDU/CSU, Linke und Grünen, dass zur Ausrufung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite lediglich das Vorliegen einer Gesundheitsgefahr aufgrund einer ‚bedrohlichen übertragbaren Krankheit‘ festgestellt werden muss. Wo fängt eine Krankheit an, bedrohlich zu werden? Kann in Zukunft schon bei einer Grippe- wie wir sie etwa 2018 erlebten, das öffentliche Leben heruntergefahren werden?

Ist die ‚epidemische Lage von nationaler Tragweite‘ erst einmal festgestellt, wird ein verfassungsrechtlicher Ausnahmezustand begründet, der massive Eingriffe in die Grundrechte von Millionen

Menschen ermöglicht. Die Betroffenen sind größtenteils gesunde Menschen – Mütter, Väter, Kinder, Gastwirte, Einzelhändler, Frisöre –, die im Sinne der Weiterverbreitung des Virus keine unmittelbare Gefahr darstellen. Massive Grundrechtsbeschränkungen können nur auf der Grundlage eines Gesetzes erfolgen, das den Grundrechten gleichrangig ist. Wie andere Notstandsregelungen auch (z.B. für den Verteidigungsfall) muss der ‚epidemische Notstand‘ daher im Grundgesetz selbst geregelt sein. Als Justiziar der AfD-Fraktion stelle ich mich entschieden gegen den Fortbestand dieses verfassungswidrigen Gesetzes. Jedoch können wir als AfD-Fraktion allein die Normenkontrolle dieses Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht nicht erzwingen. Notwendig ist, dass sich ein Viertel der Bundestagsabgeordneten der Initiative anschließen. Wenn es FDP und Linke mit

ihrer Oppositionsrolle und ihrer Verfassungstreue ernst meinen, hätten sie sich unserer Initiative anschließen müssen. Dass sie es nicht getan haben, offenbart, wie ernst sie es mit Demokratie, Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit nehmen.



Meine Rede im dt. Bundestag: [https://fb.watch/3q6\\_az8zLV](https://fb.watch/3q6_az8zLV)

## SPD-Minister ignorieren Grundgesetz - und wollen Grundrechte nur noch für Geimpfte!

Justizministerin Lambrecht und Außenminister Maas haben sich dafür ausgesprochen, Grundrechtseinschränkungen nur für Geimpfte aufzuheben.

Für mich handelt es sich bei derartigen Verlautbarungen um klare Unkenntnis des Grundgesetzes und eine unseriöse Impfkampagne, mit der Menschen dazu gezwungen werden sollen, sich impfen zu lassen.

Die Bundesregierung hat offensichtlich festgestellt, dass ihre großangelegte Impfkampagne auf wenig Gegenliebe in der Bevölkerung stößt und die Impfbereitschaft gering ist. Was tut sie? Sie reagiert mit Zwang und will Grundrechte selektiv nur noch für Geimpfte zur Verfügung stellen. Dabei verkennt sie, dass Grundrechte kein Privileg für bestimmte Menschen sind, sondern in unserer Verfassung verankert für jeden gelten! Sie unter-

liegen nicht der Disposition der Bundesregierung. Das müsste eine Justizministerin eigentlich wissen.



## Weitere Aussetzung der Insolvenzantragspflicht - Planlose Bundesregierung schafft unverantwortliche Zombieökonomie!

In der Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis zum 30. April 2021, wie von der Bundesregierung beschlossen, sehe ich eine massive Gefahr für die deutsche



Wirtschaft und fordere die Bundesregierung auf, von derartigen Plänen Abstand zu nehmen.

Die staatlich ge- und beförderte Insolvenzverschleppung wird dazu führen, dass unsere Wirtschaft noch deutlich schwerere Schäden nimmt, als ohne die Regelung anzunehmen wäre. Die Bundesregierung will mit der Verschiebung einzig darauf hinwirken, dass unschöne, reale Bilder, die durch ihre katastrophale Politik entstehen, immer weiter in die Zukunft verschoben werden. Dennoch rollt eine riesige Insolvenzwelle

auf uns zu, die nicht mehr zu verhindern sein wird. Betroffen sein werden davon nicht nur die insolventen Betriebe, sondern auch die noch ‚gesunden‘, die gutgläubig Leistungen erbringen und die demnächst mit Rückforderungen von Insolvenzverwaltern konfrontiert werden. Wir fordern eine sofortige Beendigung der staatlich angeordneten Betriebsschließungen und eine vernunftbasierte Coronapolitik. Nur so können Unternehmen eventuell noch gerettet werden. Die Verschiebung der Insolvenzantragspflicht wird jedoch das Gegenteil bewirken!



## #BRANDNERUNTERWEGS

1. Start2021 in Sömmerda
2. Start2021 in Gera
3. Start2021 in Weimar
4. Kreispartei tag in Gera
5. Interview zu Briefwahl fälschung
6. Start2021 in Erfurt
7. Infostand in Bad Köstritz



## Aus der Region

### Ramelow ist eine Schande für Thüringen!

Der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow hat für Empörung gesorgt, nachdem er zugegeben hat, während der Ministerpräsidentenkonferenzen, in der massivste Grundrechtseingriffe für alle Bürger beschlossen werden, ‚Candy Crush‘ zu spielen, also rumzudaddeln. Auch vor primitiven Äußerungen gegenüber unserem Landesvorsitzenden wie ‚Drecksack‘ und dem Zeigen des ‚Stinkefingers‘ schreckt er nicht zurück. Dazu meine ich: ‚Ramelow zeigt immer wieder, dass er mit seinem Amt überfordert und eigentlich ein politisches Nichts ist. Ein klarer Kurs ist nicht erkennbar, viel mehr plappert er meist artig nach, was ihm die Kanzlerin, die ihn ins Amt geputscht hat, oder sein Gehilfe Benjamin Hoff, vorgibt. Der Ministerpräsident von Merkels Gnaden wäre deutlich besser beraten, wenn er zukünftig wieder nur am Handy spielen würde, statt ein Bundesland gegen die Wand zu fahren!‘

### Thüringen braucht kein Landesamt für Flüchtlinge – Thüringen braucht ein Landesamt für Abschiebungen!

Ginge es nach dem grünen Migrationsminister Dirk Adams würde in Thüringen ein Landesamt für Flüchtlinge und Ausländer entstehen. Ich bin der Meinung, dass Thüringen vor allem eine Beschleunigung von Abschiebungen benötigt und kein neues Landesamt, das zusätzliche Kosten für den schon stark angespannten Landeshaushalt mit sich bringt. Die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland befindet sich auf einem Rekordhoch. Diese Menschen müssen schnellstmöglich zurück in ihre Heimat gebracht werden. Bei allen Personen mit einem befristeten Schutzstatus muss überprüft werden, ob deren Asylgrund überhaupt noch besteht. Das sind die drängenden Fragen der Asylpolitik. Ganz sicher brauchen wir aber in Thüringen kein neues Landesamt, das zusätzliche Kosten verursacht, ohne einen Nutzen zu liefern. Sogar im vergangenen Jahr, in dem wir alle möglichst die eigenen vier Wände nicht verlassen sollten, haben mehr als 100.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Wir müssen enorme Anstrengungen in die Verhinderung illegaler Migration stecken und eine Rückführungsoffensive starten. Ein grüner Minister ist dafür aber sicher nicht geeignet!

### 6 Jahre Wahlkreisbüro Gera – ein voller Erfolg!

Am Ende des vergangenen Jahres versammelten sich interessierte Geraer zu einer politischen Veranstaltung in meinem Geraer Wahlkreisbüro, um auf die erfolgreichen sechs Jahre des Bestehens des Büros zu blicken. Auch der Thüringer AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke war zu Gast und ließ es sich nicht nehmen, einige Worte zur Geraer Erfolgsgeschichte, dem Aufstieg der AfD in Gera, Thüringen und Deutschland sowie den Zukunftsperspektiven zu sagen. Trotz strenger Corona-Auflagen der Stadt war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Wieder einmal haben wir bewiesen, dass Gemeinschaft auch in Zeiten von Corona möglich ist: auch mit Abstand lässt es sich Vorträgen lauschen und der Einsamkeit, die gerade für viele ältere Bürger zunehmend problematisch wird, entgegenwirken. Gemeinsam haben wir mit ehemaligen und aktuellen Mitarbeitern, Gästen aus dem Bundestag und dem Landtag sowie vielen Mitgliedern unserer Stadtratsfraktion und den Unterstützern unserer Arbeit auf die letzten sehr arbeitsreichen Jahre und die Höhepunkte, wie die erfolgreichen Demonstrationen in Gera, zurückgeblickt. So werden wir mit vereinten Kräften und einer starken AfD in Gera, Thüringen und ganz Deutschland das Superwahljahr 2021 meistern.

## Auch im Jahr 2021 nicht nachlassen – wichtige Projekte stehen an!

Das Jahr 2021 ist das Jahr der Entscheidungen. Wahlen zu den Landtagen von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, zum Berliner Abgeordnetenhaus und Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Auch der Thüringer Landtag wird neu gewählt, falls die rot-rot-grün-schwarze Regierung es sich nicht nochmal anders überlegt. Und natürlich die Bundestagswahl. Für unsere Alternative für Deutschland heißt das: alle gemeinsam an einem Strang ziehen, um die politischen Erfolge der Vergangenheit auch in die Zukunft zu tragen und mit möglichst großen und starken Fraktionen in die Parlamente einzuziehen! Auch aus der Opposition heraus kann man Vieles bewirken. Man denke nur daran, dass es ohne die AfD gar keine Diskussion um die Mitwirkung der Parlamente in der aktuellen Situation gegeben hätte. Auch könnten wir im Deutschen Bundestag gegen alle verfassungswidrigen Gesetzesänderungen klagen, wenn wir 25% der Abgeordneten stellen würden, allein das sollte uns doch schon Anreiz sein, dies zu erreichen.

Aber auch parlamentarisch gibt es ein paar Herzensangelegenheiten, die ich im laufenden Jahr noch umsetzen möchte. An erster Stelle steht

dabei natürlich: „Merkel muss weg“ – mehr denn je und nicht nur sie, sondern auch ihre Lakaien, die für die fatalen Fehlentscheidungen Verantwortung tragen. Unser Grundgesetz sieht für die Absetzung des Bundeskanzlers zwar das konstruktive Misstrauensvotum vor, jedoch ist für die Einreichung eines solchen Antrages die Unterstützung eines Viertels der Bundestagsabgeordneten erforderlich. Da uns der Altparteienblock jede Mitarbeit verwehrt, haben wir also nicht die Möglichkeiten, einen solchen Antrag einzubringen. Verfassungsrechtlich möglich ist es aber, den Rücktritt der Kanzlerin zu fordern. Hierzu habe ich einen Antrag vorbereitet, der all die Missetaten der Kanzlerin und ihres Gefolges insbesondere im Bezug auf die aktuelle Lockdownkrise zur Sprache bringt: denn fest steht, mit einer AfD in der Regierung würde es uns allen in Deutschland weitaus besser gehen.

Daneben habe ich einen Gesetzentwurf zur Direktwahl des Bundespräsidenten erarbeitet. Wengleich mir die Abschaffung dieses Amtes lieber wäre, soll somit zumindest eine Wahl durch das Volk und nicht durch Schauspieler, Sänger, Transvestiten und andere schräge Gestalten sicherstellen, dass das Staatsoberhaupt umfassend

demokratisch legitimiert ist. Zu hoffen bleibt, dass dann solche Gestalten, wie Frank-Walter Steinmeier, der offen für linksradikale Gruppierungen wirbt, der Bundesrepublik Deutschland erspart bleiben.

Ein weiteres Herzensprojekt widmet sich den Entschädigungen für Geschädigte, die durch die ziellose und panische Politik der Bundesregierung an der Ausübung ihrer Tätigkeiten gehindert werden. Es kann und darf nicht sein, dass diese auf Almosen des Staates hoffen müssen. Daher muss deren Anspruch auf Entschädigung fest im Infektionsschutzgesetz verankert werden: wenn der Staat Schließungen befiehlt, dann muss er auch unbürokratisch für Entschädigung sorgen.



### Gewinnen Sie ein Essen für zwei Personen gemeinsam mit mir in Ihrem Wunschrestaurant

Wie viele Folgen von „5 Fragen – 5 Antworten“ wurden bisher (Stand 05.02.2021) ausgestrahlt?

Senden Sie uns das Lösungswort und Ihr Wunschrestaurant an:

Wahlkreisbüro Stephan Brandner, Rudolf-Diener-Straße 21, 07545 Gera oder an [kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de). Mit der Teilnahme am Gewinnspiel erklären Sie sich mit der Nutzung Ihrer Daten einverstanden. Der Gewinner wird unter allen Einsendungen, die die richtige Lösung, das Wunschrestaurant (in einem Wahlkreisbüroort), den vollständigen Vor- und Zunamen sowie die postalische Adresse enthalten, ausgelost und benachrichtigt. Einsendeschluss ist der 15.04.2021. Der Gewinner erklärt sich einverstanden, mit Namen und Bild in einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht zu werden.

#### Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21 - 07545 Gera  
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50  
[kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de)

Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag  
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

#### Wahlkreisbüro Erfurt

Iderhoffstraße 37 - 99085 Erfurt  
Tel.: 0361 - 60 27 96 30 Fax: 0361 - 60 27 96 31  
[stephan.brandner.wk@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.wk@bundestag.de)

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag  
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

#### Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8 - 99610 Sömmerda  
Tel.: 03634 - 69 22 888 Fax: 03634 - 69 22 889  
[stephan.brandner.wk@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.wk@bundestag.de)

Öffnungszeiten: Donnerstag  
von 10 bis 17 Uhr und nach Vereinbarung

#### Wahlkreisbüro Eisenberg

Markt 2 - 07607 Eisenberg  
Tel.: 036691 - 83 73 07 Fax: 036691 - 83 73 06  
[eisenberg@brandner-im-bundestag.de](mailto:eisenberg@brandner-im-bundestag.de)  
Termine nach Vereinbarung

V.i.S.d.P. Stephan Brandner, MdB  
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß  
Satz & Druck: Philipp Schmidt  
Bildnachweis: pixabay

#### Wahlkreisbüro Weimar

99423 Weimar  
Tel.: 03643 - 87 75 849  
[weimar@brandner-im-bundestag.de](mailto:weimar@brandner-im-bundestag.de)  
Termine nach Vereinbarung